

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(16. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Hans-Josef
Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/8898 –**

Ein Jahr Fukushima – Die Energiewende muss weitergehen

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, die Atomkraftnutzung weltweit zu beenden und keine Hermes-Bürgschaften für den Export von Atomtechnologien zu vergeben sowie den Atomausstieg in Deutschland sicher zu vollenden. In diesem Zusammenhang seien die Sicherheitsanforderungen für alle Atomanlagen zu erhöhen, das kerntechnische Regelwerk weiterzuentwickeln und die erforderlichen Nachrüstungen der verbleibenden Atomkraftwerke durchzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/8898 abzulehnen.

Berlin, den 23. Mai 2012

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Eva Bulling-Schröter
Vorsitzende

Dr. Georg Nüßlein
Berichtersteller

Marco Bülow
Berichtersteller

Dorothee Menzner
Berichterstellerin

Michael Kauch
Berichtersteller

Bärbel Höhn
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Dr. Georg Nüßlein, Marco Bülow, Dorothee Menzner, Michael Kauch und Bärbel Höhn

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/8898** wurde in der 165. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. März 2012 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, die Atomkraftnutzung weltweit zu beenden und keine Hermes-Bürgschaften für den Export von Atomtechnologien zu vergeben sowie den Atomausstieg in Deutschland sicher zu vollenden. In diesem Zusammenhang seien die Sicherheitsanforderungen für alle Atomanlagen zu erhöhen, das kerntechnische Regelwerk weiterzuentwickeln und die erforderlichen Nachrüstungen der verbleibenden Atomkraftwerke durchzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8898 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8898 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 17/8898 in seiner 72. Sitzung am 23. Mai 2012 abschließend beraten.

Die Fraktion der CDU/CSU hob hervor, es sei zwischen der europäischen Kernenergiepolitik auf der einen Seite und der nationalen Energiewende auf der anderen Seite zu unterscheiden. Die Energiewende solle man nicht mit theoretischen Debatten und konstruierten Problemen überfrachten. Es sei nicht sinnvoll, einen Pressebericht der Süddeutschen Zeitung zum Gegenstand einer politischen Debatte zu machen, insbesondere wenn die Betroffenen den Sachverhalt schon vor Wochen klagestellt hätten. So hätten Frankreich und Tschechien etwa die Beantragung angeblicher Energie-subsidien dementiert; die Botschaft der Tschechischen Republik habe auf Nachfrage auch aktuell nochmals erklärt, das in der Berichterstattung erwähnte Ansinnen werde nicht

vertreten. Die Bundesregierung sei offen für konstruktive Vorschläge zur Energieeffizienz, insbesondere da, wo das größte Potenzial sei, wie z. B. im Wärmebereich. Man tue sich nur extrem schwer mit planerischen Kleinstvorgaben aus Brüssel, die verpflichtend 1,5 Prozent Absenkung vorgeben und das in einer beinahe planwirtschaftlichen Art und Weise, die abzulehnen sei. Die Europäische Union (EU) treibe das Thema um, wie man den Ausbau der erneuerbaren Energien über Quotenmodelle synchronisiere. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz führe demgegenüber zu einer besseren Verteilung beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Es sei stark mittelstandsorientiert. Es führe auch zu kostengünstigeren Lösungen. Dies liege an der oligopolgeprägten Marktsituation. Unter Quotenmodellen würden die großen Energieerzeuger den Markt unter sich aufteilen und die Preise festlegen. Es gelte, in Brüssel die Problematik nachdrücklich anzusprechen. Die Behandlung der Photovoltaik im Bundesrat sei der Energiewende nicht dienlich. Es werde Unsicherheit kraft Blockade geschaffen. Nach zwölf Jahren der Förderung der Photovoltaik müsse man soweit kommen, dass der Strom auf dem Dach günstiger sei, als das Beziehen des Stroms vom Versorger. Bei diesem Vorrangziel hätten die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP einen guten Weg gewiesen, den Ausbau kostengünstig voranzubringen. Die Rechnung zu den Ersatzkapazitäten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei unschlüssig. Die Behauptung, die erneuerbaren Energien seien so gut, dass jetzt die konventionellen Energien gefördert werden müssten, greife zu kurz. Es gelte, bei den Kosten eine Gesamtbetrachtung vorzunehmen. Die Ersatz- bzw. Parallelkapazitäten würden deshalb benötigt, weil die erneuerbaren Energien volatil eingespeist würden. Dies sei bei der Kostenbetrachtung zu berücksichtigen. Der Kunde wolle nicht nur den Strom in der Leitung haben, wenn die Sonne scheine und der Wind wehe, sondern permanent. Zur Kostentransparenz bei der Energiewende gehöre auch, nachdem bestehende Kraftwerke abgeschaltet worden seien, Ausgleichskapazitäten hierfür zu schaffen und letztendlich auch zu finanzieren. Wenn Investoren nur eine beschränkte und nicht kalkulierbare Zeit auf Grund des notwendigen Einspeisevorrangs der erneuerbaren Energien einspeisen dürften, sei das ein schwer kalkulierbares Projekt. Deshalb müsse offensiv und zeitnah über diese Thematik geredet werden. Im Übrigen gehörten die Themen Netzausbau und Speicherung dazu. Es handele sich hier auch um Kosten der erneuerbaren Energien, die in einer Vollkostenkalkulation Berücksichtigung finden müssten.

Die **Fraktion der SPD** bekräftigte, es sei wichtig, dass ein Land, das aus der Atomenergie aussteige, auch auf andere Länder in dieser Frage schaue. Am besten fange man bei den europäischen Ländern an. Da sei das Bild sehr unterschiedlich. Es gebe in vielen Ländern ein Umdenken, was die Atomenergie angehe. Es gebe Beschlüsse, auszustiegen oder gar nicht erst einzusteigen. Es gebe aber leider auch Länder, die jetzt versuchten, über Europa Gelder zu akquirieren, um ihre Projekte im Atombereich doch noch realisieren zu können. Das zeige aber auch, dass die Atomwirt-

schaft unrentabel sei und allenfalls mit Subventionen am Leben erhalten werde. Aus England sei das Begehren bekannt, Gelder für den Bau von Atomkraftwerken bereitzustellen. Dies sei verwunderlich. Gerade die Engländer forderten sonst immer, man solle sich insgesamt aus der nationalen Energiepolitik heraushalten. Nunmehr aber Gelder sowie Umstrukturierungen der europäischen Energieförderung einzufordern und die Atomenergie wie erneuerbare Energien zu behandeln, sei unverschämt. Man begrüße daher die Absichtserklärung der Bundesregierung, dies nicht mitzumachen. Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP könnten daher bedenkenfrei dem Antrag der Fraktion der SPD zustimmen.

Beim Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fukushima müsse man absichtigen. Die Ausführungen verdienten Zustimmung. Es gebe leider Tendenzen, Fukushima kleinzureden und vor allem die Gefahren zu leugnen. Jahrestage seien geeignet, auf Realitäten zu achten. Überfrachtet werde der Antrag mit dem Abschnitt zur Energieeffizienz. Die Fraktion der SPD setze hier andere Schwerpunkte.

Die **Fraktion der FDP** stellte klar, die Bundesregierung habe erklärt, dass sie keiner europäischen Förderung der Atomenergie zustimmen werde. Es sei deshalb überhaupt nicht notwendig, wie der Antrag der Fraktion der SPD den Eindruck zu erwecken, das Parlament müsse die Bundesregierung zum Handeln auffordern. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei allenfalls eine Wunschliste. Dort wo BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN tatsächlich Verantwortung für die Energiewende trage, sei festzustellen, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg die Klimaschutzziele mit der Begründung abgesenkt habe, Baden-Württemberg sei besonders vom Kernkraftanstieg betroffen. Es habe die Absicht bestanden, die Landesregierung von Baden-Württemberg in der Anhörung des Ausschusses zu den Klimaschutzziele zu befragen, inwieweit dies mit dem Anliegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bund konsistent sei. Die Landesregierung von Baden-Württemberg habe sich diesen Fragen nicht stellen wollen und habe deshalb die Teilnahme an der Anhörung abgesagt. Auch in Nordrhein-Westfalen habe die rot-grüne Landesregierung die Klimaschutzziele abgesenkt. Das zeige, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Opposition regelmäßig Verschärfungen fordere, die sie, wenn sie mit der Regierungsrealität konfrontiert werde, offenkundig nicht einhalte. Außerdem blockierten die Landesregierungen von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen mit jeweils einem grünen Umweltminister im Bundesrat die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung. Auf der anderen Seite fordere die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag eine Erhöhung der Mittel für die Gebäudesanierung. Es sei ein widersprüchliches Verhalten, was BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an den Tag lege und die Glaubwürdigkeit aufs Spiel setze. Dies gelte auch für den SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, der sich echauffiere, dass es so viele Eingriffe in das Stromnetz hätte geben müssen und die Versorgungssicherheit Deutschlands ernsthaft gefährdet sei. Mit bebender Stimme und bedeutungsschwangerer Miene habe er dies dem deutschen Fernsehpublikum mitgeteilt. Er habe aber verschwiegen, was die Ursache hierfür sei, nämlich die gemeinsame Energiewende, die einen großen Teil der Grundlast abgeschaltet

habe. Augenscheinlich sei die Sozialdemokratische Partei nicht wieder für die Inbetriebnahme der alten Kernkraftwerke. Deshalb sollte sie dieses Oppositionsspiel beenden und die Regierungsfähigkeit, die sie immer postuliere, unter Beweis stellen, statt Schaufensteranträge zu stellen.

Die **Fraktion DIE LINKE** stellte klar, es dürfe nicht sein, dass andere europäische Länder um eine Förderung der Atomenergie mit dem Scheinargument nachsuchten, Atomenergie sei CO₂-neutral. Der Antrag mache deutlich, dass es die Bundesregierung bislang versäumt habe, eine atomkritische Diskussion mit den europäischen Nachbarn zu führen. Das sei ein nicht zu unterschätzendes Problem. Flankiert werde dies von der Haltung zu Euratom. Es seien keine Gespräche geführt worden, dass es für ein Atomausgangsland faktisch unzumutbar sei, weiterhin Mitglied in Euratom zu sein. Satzungsgemäßes Ziel sei nämlich die Förderung der Atomtechnologie.

Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei anzumerken, dass es sinnvoll sei, zum Jahrestag von Fukushima einen Antrag zu stellen. Dies gelte auch für die Forderungen zu den Ausbauzielen bei den erneuerbaren Energien und den strikten Vorgaben zur Steigerung der Energieeffizienz. Fukushima müsse in der öffentlichen Wahrnehmung bleiben. Das Desaster von Fukushima sei noch nicht beendet. In dem Antrag bleibe aber die Frage des Versagens der Strombörse unbeachtet. Die Strombörse funktioniere nicht unter den geänderten Koordinaten. Sie sei ein unpassendes Instrument. Man werde zunehmend Stunden mit einem Strompreis nahe Null bekommen und darunter. Das mache deutlich, dass es sich nicht um ein Zukunftsinstrument handle, um erneuerbare Energien auch weiter in den Markt zu bekommen. Dies gelinge nur mit einem geeigneten Preisbildungsmechanismus. Ob die im Antrag geforderte Markttransparenzstelle das ausreichende Instrument sei, dürfe bezweifelt werden. Auf Grund der Probleme des Netzanschlusses von Offshore-Windparks fordere die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Gründung einer „Deutsche Netz AG“ für diese Netzanschlüsse. Dem Antrag sei nicht eindeutig zu entnehmen, ob diese in öffentlichem Eigentum sei. Es stellten sich daher zwei Fragen: Wäre das Übertragungsnetz angesichts der Herausforderungen beim Netzaus- und -umbau in öffentlicher Hand besser aufgehoben? Weshalb solle die Unternehmensform einer Aktiengesellschaft gewählt werden, bei der doch die geringsten Einflussmöglichkeiten bestünden? Der Antrag erwecke den Eindruck, der Atomausstieg auf Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP im Jahr 2011 sei der Schnellstmögliche gewesen. Das stelle die Fraktion DIE LINKE dezidiert in Zweifel. Es sei maximal ein Kompromiss, der einen Ausstiegspfad aufzeige, aber es sei nicht der schnellstmögliche.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, der Antrag sei schon eine Zeit lang im Verfahren. Trotz allem sei der Zeitpunkt geeignet, hierüber nochmals zu diskutieren. Zum Ausstieg aus der Atomkraft und zur sogenannten Energiewende gehörten mehr als die Maßnahmen der Bundesregierung. Es gelte, stärker in die Energieeffizienz einzusteigen und den Weg in die erneuerbaren Energien konsequenter zu gehen. Die Bundesregierung entfalte derzeit zu wenig Ehrgeiz. Hinweise aus Brüssel belegten, dass die Bundesregierung bei der Energieeffizienz blockiere, in die-

sem Fall sei dies stärker der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie. Es könne nicht angehen, dass die Bundeskanzlerin unter deutscher EU-Präsidentschaft 20 Prozent Energieeffizienz gefordert habe und jetzt, wo der EU-Kommissar für Energie, Günther Oettinger, dies umsetzen wolle, blockiere. Die Vorschläge der Bundesregierung seien nicht durchdacht. Auf Nachfragen werde überhaupt nicht geantwortet, weil man gar nicht wisse, wie der viel zu spät eingereichte Plan konkret aussehe. Ohne Fortschritte bei der Energieeffizienz werde man die Energiewende nicht schaffen. Ähnliches gelte bei den erneuerbaren Energien. Selbst die größten Optimisten hätten nicht gedacht, dass die Photovoltaik so rasch ein günstiges Preissegment erreiche. Man erlebe derzeit einen wirklich starken Ausbau der Photovoltaik. Diesen bei Erreichen der Wettbewerbsfähigkeit abbrechen, mache keinen Sinn. Steinkohlekraftwerke rechnen sich in Deutschland nicht mehr, weil die erneuerbaren Energien das besser könnten. In Großbritannien müssten Atomkraftwerke subventioniert werden. Bei einem Zuschuss für Atomkraftwerke seien nach Angaben von RWE 11 Cent pro Kilowattstunde noch viel zu wenig. Das heiße, Photovoltaik und Onshore-Windkraft seien jetzt oder in Zukunft günstiger als Atomkraft und Steinkohle. Die Diskussion auf EU-Ebene hinsichtlich der Förderung der Atomenergie sei daher absurd. Wegen des ungenügenden Ausbaus der Netze dürfe der Ausbau der erneuerbaren Energien nicht gestoppt oder gar zurückgefahren werden. Vielmehr müssten die Netze ausgebaut werden. Deshalb sei die Diskussion über die Energiewende mit dem neuen Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit so wichtig. Er dürfe sich nicht von Leuten Tipps geben lassen, die die Energiewende blockierten.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 17/8898 abzulehnen.

Berlin, den 23. Mai 2012

Dr. Georg Nüßlein
Berichtersteller

Michael Kauch
Berichtersteller

Marco Bülow
Berichtersteller

Bärbel Höhn
Berichterstellerin

Dorothee Menzner
Berichterstellerin

